



BLICKPUNKTE



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe Februar 2018

INHALT

Beteiligungspartei SPD

**Wir unterstützen die
Kommunen**

**Ein neuer Aufbruch für
Europa**

**Wir verbessern die Situation
von Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern**

**Chancengleichheit in
Bildung und Ausbildung**

**Wir verbessern die Situation
von Familien**

**Wichtiger Schritt für die
Rentnerinnen und Rentner**

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel.: 02553 / 977 10 53

Fax: 02553 / 977 10 54

Mail:

[ingrid.arndt-](mailto:ingrid.arndt-brauer.wk01@bundestag.de)

brauer.wk01@bundestag.de

Bildquelle

Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter

Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: Deutscher

Bundestag /photothek/ Thomas

Koehler



Liebe Leserinnen und Leser,

nach den Koalitionsverhandlungen steht nun der Entscheid der Mitglieder der SPD an. Die SPD ist die Beteiligungspartei in Deutschland. Im Gegensatz zu anderen Parteien beteiligen wir die Basis an den zentralen Entscheidungen. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kommt damit aber auch eine hohe Verantwortung zu. Die Frage, ob wir erneut in eine Große Koalition oder in Neuwahlen gehen wollen, ist eine Zukunftsfrage für die Sozialdemokratie, für die Demokratie in Deutschland und für den Zusammenhalt in Europa.

In den Koalitionsverhandlungen hat die SPD gut verhandelt. Auch wenn Leuchtturmprojekte wie die Bürgerversicherung nur in kleinen Teilen umgesetzt werden konnte. Für viele Menschen in unserem Land bedeuten die Vorhaben des Koalitionsvertrags aber eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Bei einem „Nein“ zum Koalitionsvertrag würden wir diesen Menschen die Fortschritte vorenthalten.

Schauen wir auf die Situation von Alleinerziehenden mit niedrigem oder durchschnittlichen Einkommen. Mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages würden diese deutlich entlastet. Durch die Rückkehr zur Parität würden die Beiträge zur Krankenversicherung sinken, wir senken die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, wir erreichen eine Steuerersparnis durch die Abschaffung des Soli, das Kindergeld würde erhöht, die Kitagebühren würden bundesweit abgeschafft, ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter wird eingeführt, wir werden haushaltsnahe Dienstleistungen bezuschussen und ein Rückkehrrecht in Vollzeit einführen. Diese Schritte wären ein massiver Fortschritt für Alleinerziehende, die als Leistungsträger in Beruf und Kindererziehung bisher allzu oft zu kurz gekommen sind.

Der Koalitionsvertrag bietet viel. In den Blickpunkten werfen wir einige Schlaglichter auf Teilbereiche. Den ganzen Koalitionsvertrag gibt es im Vorwärts und unter:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf

Ihre

Ingrid Arndt-Brauer

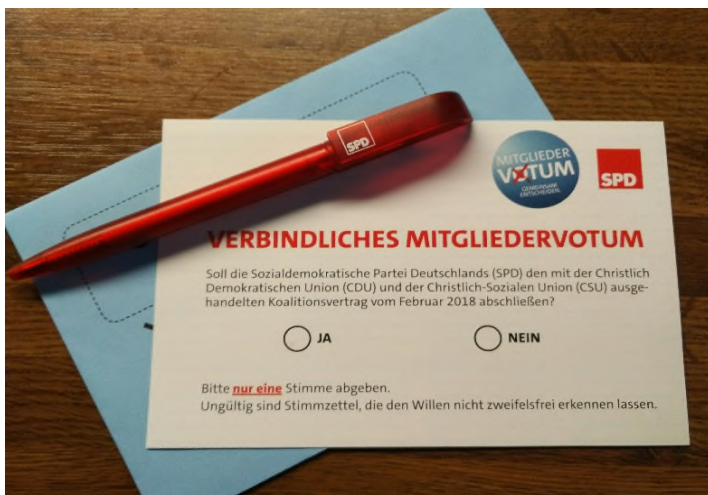


Die SPD ist die Mitgliederpartei



463.723 SPD-Mitglieder entscheiden über den Eintritt in eine neue Große Koalition. Seit Jahresbeginn sind über 24.000 neue Genossinnen und Genossen hinzugekommen. Die SPD ist damit die mitgliederstärkste Partei Deutschlands. Im Gegensatz zu CDU und CSU bindet die SPD die Basis direkt ein.

Den SPD-Mitgliedern kommt damit eine große Verantwortung zu. Eine Verantwortung gegenüber unserem Staat und seiner demokratischen Ordnung, eine Verantwortung gegenüber dem Zusammenhalt Europas und eine Verantwortung gegenüber der Zukunft der Sozialdemokratie in Deutschland.



Von einigen politischen Gegnern wird dem Mitgliederentscheid die Legitimation abgesprochen. Als Grund wird dabei angebracht, dass das freie Mandat dadurch behindert wird oder die SPD-Mitglieder eine Entscheidung treffen, die eigentlich den Wählerinnen und Wählern zukäme. Die Entscheidung über den Eintritt in eine Koalition obliegt auch bei den anderen Parteien den Entscheidungsträgern der Partei selbst. Dort sind es aber Parteitage oder sogar nur der Parteivorstand.

In einen Entscheidungsprozess alle statt wenige einzubinden, bedeutet mehr Legitimation und nicht weniger. Der Mitgliederentscheid schränkt das freie Mandat der Bundestagsabgeordneten nicht ein. Zu diesem Schluss kommt auch das Bundesverfassungsgericht, das sowohl vor diesem Mitgliederentscheid als auch vor dem von 2013 entsprechende Einwendungen abgewiesen hat.

In Zeiten, in denen die Bindungskräfte der Parteien innerhalb der Gesellschaft nachlassen und dauerhaftes Engagement in partei-politischen Gremien seltener wird, müssen Parteien durch direkte Basisbeteiligung attraktiver werden und Wissenspotentiale der Basis nutzbar machen. Über den Mitgliederentscheid hinaus wird die SPD in der Erneuerungsdebatte genau über diese Beteiligungsstrukturen sprechen. Dazu müssen sowohl direkte Entscheidungen wie auch kooperative Entscheidungsprozesse ausgebaut werden. Die Digitalisierung bietet dazu große Möglichkeiten, um Beteiligung in Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Die SPD besteht aber nicht nur aus Mitgliedern, die mit digitalen Medien aufgewachsen sind. Beteiligungsprozesse müssen auch analog in den Unterbezirken und Ortsvereinen stattfinden. Dies gilt auch für den Prozess der Erneuerung selbst. Der Erneuerungsprozess der SPD muss im besonderen Maße auch auf der Ebene von Ortsvereinen und Unterbezirken stattfinden. Nur wenn dort der strukturelle und personelle Erneuerungsprozess funktioniert, wird unsere Partei Basisdemokratie und Personalrekrutierung erfolgreich durchführen können.

Wir unterstützen die Kommunen

Das Leben der Menschen ist direkt von der Situation in ihrer Kommune betroffen. Deswegen setzen wir uns für starke Städte und Gemeinden ein, die gute öffentliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereithalten können – bei Bildung, Kultur, Gesundheit und Mobilität. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland - in Ost und West, in Stadt und Land.

Wir halten unsere Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig. Die kommunalen Steuereinnahmen – insbesondere die Grundsteuer – werden gesichert. Der Bund entlastet die Länder und Kommunen weiterhin bei den Flüchtlingskosten und führt bestehende Programme etwa zur Städtebauförderung fort. Den Kommunen versprechen wir: Wir übertragen ihnen keine Aufgaben, auf deren Kosten sie sitzen bleiben.



Straßenbauarbeiten in einem Neubaugebiet H.D.Volz / pixelio.de

Wir fördern gezielt strukturschwache Regionen, um überall für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dazu schaffen wir ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen in Ost und West. Alle Menschen müssen unabhängig vom Wohnort einen guten Zugang zu Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben – bei Bildung, Kultur, Gesundheit, Mobilität.

Wir starten eine Offensive für mehr Wohnungen und fördern sozialen Wohnungsbau. Grundstücke des Bundes sollen künftig günstiger an Städte und Gemeinden verkauft werden, damit dort günstige Wohnungen entstehen können. Kommunen erhalten neue Instrumente, um dafür zu sorgen, dass brachliegendes Bauland tatsächlich bebaut

wird. Für den sozialen Wohnungsbau stellen wir 2 Milliarden Euro zusätzlich bereit.

Der Bund unterstützt bei der Verbesserung der Kinderbetreuung und dem Ausbau von Ganztagschulen. Zusätzliche 3,5 Milliarden Euro fließen in eine bessere Qualität der Kinderbetreuung und die schrittweise Entlastung der Eltern von den Gebühren. Außerdem investiert der Bund 2 Milliarden Euro in die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und in den nächsten fünf Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen.

Wir sorgen für schnelles Internet in ganz Deutschland. Der schnelle Zugang zu Informationen und Dienstleistungen über das Internet gehört zur Grundversorgung der Bürger und ist eine wichtige Voraussetzung für Unternehmensansiedlungen und neue Arbeitsplätze in den Kommunen. Bis 2025 soll es deshalb überall in Deutschland Gigabit-Netze geben, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf schnelles Internet. Bereits in den nächsten vier Jahren wollen wir Schulen und Gewerbegebiete gigabitfähig machen.

Wir erhöhen die Investitionen in den Nahverkehr und die Verkehrsinfrastruktur vor Ort. Der Bund steigert die Gemeindeverkehrsfinanzierung um 1 Milliarde Euro. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von besseren Straßen und guten öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wir stärken die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dazu gehören eine gut erreichbare ärztliche Versorgung, wohnortnahe Geburtshilfe, Hebammen und Apotheken vor Ort. Ärztinnen und Ärzte in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt.

Wir setzen uns für saubere Luft in den Städten ein. Dazu stärken wir den öffentlichen Nahverkehr und fördern alternative Antriebe wie die Elektromobilität. Fahrverbote wollen wir vermeiden.

Ein neuer Aufbruch für Europa



Wollen eine Stärkung des Europäischen Gedankens: Die Teilnehmer von Pulse of Europe in Rheine Foto: HermannWillers

Der verhandelte Koalitionsvertrag und die Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron bieten eine echte Chance für eine Erneuerung der Europäischen Union. Die Schuldenkrise in Südeuropas, der Brexit, die fehlende Solidarität in der Flüchtlingsaufnahme und die Demokratieerosionen in Polen und Ungarn brauchen eine Antwort zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts. Gerade Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung gegenüber dem europäischen Gedanken. So waren es doch unsere Nachbarländer, die uns nach den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs die Hand gereicht haben und in die entstehende europäische Familie integriert haben. Das war nicht selbstverständlich und wie kein anderes Land haben wir von dieser europäischen Einigung profitiert. Europa ist unsere Garantie auf Frieden, Freiheit und Wohlstand.

In einer globalisierten Welt mit starken Veränderungen, in denen alte Partner wie die USA nicht mehr verlässlich sind und andere Akteure politische und wirtschaftliche Konkurrenten werden, ist Deutschland schlichtweg zu klein, um allein einen größeren Einfluss zu haben.

Der Ausbau Europas als starker Akteur ist daher umso wichtiger. Denn nur gemeinsam können wir den globalen Herausforderungen begegnen. Der Koalitionsvertrag sieht dafür mehrere Schwerpunkte vor, von denen wir euch an dieser Stelle die Maßnahmen vorstellen, die Europa sozialer machen können.

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Schuldenpolitik. Es darf keine einseitige Sparpolitik mehr geben. Investitionen gehören zu einer dauerhaften wirtschaftlichen und finanziellen Erstarkung der Länder, die durch die Finanz- und Schuldenkrise besonders stark getroffen wurden, dazu. Dies hilft den Krisenländern aber auch dem künftigen Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland.

Wir wollen Chancengerechtigkeit in ganz Europa. Dazu werden wir die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Dazu braucht es mehr Geld für diese Aufgabe. Nur eine junge Generation, die an die eigene Zukunft glauben kann, lebt auch den europäischen Traum.

Wir wollen einen europäischen Sozialpakt. Unser Ziel ist es, soziale Grundrechte in Europa zu stärken und faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Dazu gehören Mindestlöhne und das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Gerade große internationale Unternehmen nutzen die unterschiedlichen Steuersysteme zur Steuervermeidung. Steuerbetrug und Steuerdumping wollen wir aktiv bekämpfen. Unternehmen müssen in Europa gerecht besteuert werden.

Wir verbessern die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Wer jeden Tag zur Arbeit geht, verdient für seine Leistung einen guten Lohn und Anerkennung. Wir entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Steuern und Abgaben. Wir vereinfachen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir sorgen in einer sich verändernden, digitalisierten Arbeitswelt für Sicherheit und die nötige Weiterbildung.

Das unbefristete Arbeitsverhältnis wird wieder zur Regel. Wir schränken sachgrundlose Befristungen drastisch ein und schaffen endlose Kettenbefristungen ab. Wir geben damit vor allem vielen Berufsanfängern und jungen Beschäftigten wieder mehr Sicherheit für die Gründung einer Familie und die Planung der eigenen Zukunft.

Wir schaffen den Soli für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen ab. Er entfällt für alle, die weniger als 61.000 Euro (Alleinstehende) bzw. 122.000 Euro (Verheiratete) zu versteuerndes Einkommen haben. Damit entlasten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 10 Milliarden Euro. Das Steuersystem wird gerechter: Die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher zahlen den Soli weiter.

Arbeitgeber zahlen künftig wieder genauso viel in die gesetzliche Krankenkasse ein wie die Beschäftigten. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verringert sich der Beitrag, das Gesundheitssystem wird gerechter. Entlastung: 6 Milliarden Euro.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt. Das entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 2 Milliarden Euro jährlich.

Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag eine Verbesserung der Demokratie in den EU-Gremien, die Durchsetzung demokratischer Werte in den Mitgliedsstaaten und eine Stärkung der internationalen Rolle der EU vor. Gemeinsam mit Frankreich wollen wir Europa nach vorne bringen. Nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland ist das klare Ziel. Ein erster wichtiger Schritt wird ein neuer Élysée-Vertrag sein.

Wir senken die Sozialbeiträge für Geringverdiener. Wir stellen dabei sicher, dass die geringeren Rentenversicherungsbeiträge nicht zu geringeren Rentenleistungen im Alter führen.

Mit der befristeten Teilzeit schaffen wir neue Freiräume für Familie. Wer für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Familienangehörigen zeitweilig kürzertreten möchte, kann künftig für eine begrenzte Dauer in Teilzeit arbeiten, verbunden mit dem Recht, wieder in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. So passt sich die Arbeitszeit dem Leben an – nicht umgekehrt.

Wir stärken die Weiterbildung und öffnen Aufstiegschancen im Beruf. Alle Beschäftigten erhalten ein Recht auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit. Wir stärken das Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung. Außerdem stärken wir das „Aufstiegs-BAföG“ und verbessern so berufliche Aufstiegschancen. Mit dem „Meisterbonus“ erstatten wir bei einer erfolgreichen Meisterprüfung angefallene Gebühren teilweise oder komplett.

Wir sorgen für mehr Schutz und weniger Stress in der digitalen Arbeit. Erstmals wird ein Rechtsrahmen geschaffen, der Beschäftigten die Chance gibt, dort zu arbeiten, wo sie wollen – in der Firma, im Café oder zu Hause.

Wir geben Arbeitnehmern, die auf Abruf arbeiten, mehr Planungs- und Einkommenssicherheit. Außerdem stärken wir den Datenschutz. Überwachung am Arbeitsplatz geht nicht.

Wir eröffnen Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven durch öffentlich geförderte Beschäftigung.

150.000 Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wollen wir dabei unterstützen, endlich wieder in Arbeit zu kommen. Damit helfen wir auch vielen

Alleinerziehenden und Familien mit Kindern, aus der Armutsfalle rauszukommen.

Mehr Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung

Alle Kinder brauchen die gleichen Chancen unabhängig von der Herkunft. Wir investieren massiv in moderne Schulen und gute Bildung – so viel wie niemals zuvor. Wir machen Bildung digital und sorgen für gute Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten.

Wir investieren in den Ausbau von Ganztagschulen. Mit 2 Milliarden Euro bauen wir Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung aus – zusätzlich zur laufenden Sanierung von Schulen in finanzschwachen Städten und Gemeinden. Ganztagschulen bieten mehr Zeit, Kinder individuell zu fördern. Das verbessert die Chancengleichheit.

Wir schließen mit den Ländern einen Digitalpakt für Schulen. Wir modernisieren das Lernen und bereiten Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben in der digitalen Welt vor. Dafür werden in den nächsten fünf Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen investiert.

Bund und Länder können künftig wieder enger zusammenarbeiten, um Bildung besser zu machen. Dafür ändern wir das Grundgesetz und schaffen das so genannte Kooperationsverbot ab. Damit kann der Bund wieder in Schulen investieren. Ein neuer Nationaler Bildungsrat soll gemeinsame Bildungsstandards verabreden, damit Kinder auch nach einem Umzug an der neuen Schule die gleichen Lernbedingungen vorfinden.

Wir modernisieren die berufliche Bildung und führen eine Mindestvergütung für Azubis ein. Berufsschulen statten wir mit digitaler Technik aus und bringen Ausbildungsstandards auf den neuesten Stand.



Foto: manfred walker / pixelio.de

Wer sich für eine Ausbildung in Gesundheitsfachberufen entscheidet, soll dafür nicht auch noch Schulgeld zahlen müssen.

Wir erhöhen das BAföG – und geben mehr Schülerinnen, Schülern und Studierenden einen Anspruch auf Förderung. Das bedeutet: mehr Unabhängigkeit für junge Menschen und mehr Chancengleichheit im Studium. Dafür steht 1 Milliarde Euro bereit.

Der Bund investiert dauerhaft in Studienplätze und gute Lehre an den Hochschulen. Bisher waren die Förderprogramme immer zeitlich befristet. Jetzt stärken wir Unis und Fachhochschulen dauerhaft. Das bedeutet: mehr Studienplätze und weniger überfüllte Hörsäle.

Wir verbessern die Situation der Familien

Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Wir stärken Eltern und Kinder, verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bekämpfen Kinderarmut – mit besserer Kinderbetreuung, finanzieller Unterstützung, mehr Rechten und einem besseren Schutz von Kindern. Kinderrechte nehmen wir in die Verfassung auf.



Im Koalitionsvertrag haben viel erreicht, was unser Land familienfreundlicher macht. Gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gestärkt. Foto: JMG / pixelio.de

Wir investieren in die Qualität der Kinderbetreuung und den Abbau von Kita-Gebühren. Dafür stellen wir 3,5 Milliarden Euro bereit. Zum ersten Mal bringen wir mit der finanziellen Unterstützung des Bundes nicht nur eine bessere Qualität der Kinderbetreuung voran, sondern auch die Entlastung der Eltern von den Gebühren. Unser Ziel ist es, Kita-Gebühren in ganz Deutschland komplett abzuschaffen.

Wir führen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ein. Damit ist es für Eltern nicht mehr Glückssache, ob sie für ihre Kinder eine verlässliche Nachmittagsbetreuung finden.

Das Kindergeld erhöhen wir 2019 und 2021 in zwei Stufen um insgesamt 25 Euro pro Kind. Der steuerliche Kinderfreibetrag steigt entsprechend an. Dafür stellen wir 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Junge Familien unterstützen wir beim Erwerb von Wohneigentum. Wenn ihr zu versteuerndes Haushaltseinkommen 75.000 Euro plus 15.000 Euro pro Kind nicht übersteigt, erhalten sie über zehn Jahre pro Kind 1.200 Euro jährlich.

Wir schaffen ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit. Damit erleichtern wir es Eltern, ihre Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren, um sich um die Familie zu kümmern. Sie müssen nicht mehr befürchten, dauerhaft in der Teilzeitfalle hängen zu bleiben.

Haushaltsnahe Dienstleistungen werden wir bezuschussen. Damit wollen wir erwerbstätigen Eltern, Alleinerziehenden, älteren Menschen und pflegebedürftigen Angehörigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Wir sorgen für eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger. Wer etwa wegen eines Urlaubs, wichtiger Termine oder eigener Krankheit Unterstützung bei der Pflege eines Familienmitglieds braucht, soll diese Hilfe flexibler und unbürokratisch bekommen. Auf das Einkommen der Kinder pflegebedürftiger Eltern wird künftig erst ab einem Verdienst von mehr als 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen.

Der Kinderarmut sagen wir den Kampf an. Dafür stellen wir 1 Milliarde Euro bereit. Wir erhöhen den Kinderzuschlag, so dass zusammen mit dem Kindergeld das sächliche Existenzminimum von derzeit 399 Euro im Monat gedeckt ist. Das ist vor allem für Alleinerziehende und Familien mit kleinem Einkommen ein echter Fortschritt. Bedürftige Familien erhalten einen höheren Zuschuss für Schulranzen, Sportbekleidung und sonstiges Schulmaterial. Ihre Kinder bekommen ein kostenloses Mittagessen in der Kita oder Schule, eine kostenfreie Schülerbeförderung und einen besseren Zugang zu Nachhilfe.

Wir verbessern den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Um Familien zu stärken und

Kinder vor Gefährdungen zu schützen, entwickeln wir das Kinder- und Jugendhilferecht weiter. Wir schützen besser vor Gefahren im Internet. Um von Gewalt betroffene Kinder und ihre Mütter zu schützen, sorgen wir für den Ausbau und die finanzielle Absicherung von Frauenhäusern.

Wir erreichen damit ganz konkret viele Verbesserungen für die Familien, die Kinder und ihre Eltern. Gerade in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der gerechteren Verteilung von Berufsarbeit und Haushaltsarbeit zwischen den Geschlechtern können wir mit diesen Maßnahmen große Fortschritte erzielen.

Es sind gerade die Familien und die Alleinerziehenden, die ohne die SPD in einer Regierung keine oder eine weit geringere Unterstützung hätten.

Wichtiger Schritt für Rentnerinnen und Rentner



Foto: Barbara Eckholdt / pixelio.de

Wir stärken die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung und bekämpfen Altersarmut: mit einer stärkeren Anerkennung von Lebensleistungen, besserer Absicherung von Selbstständigen und höheren Renten für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

Wir heben das gesetzlich garantierte Rentenniveau von 43 auf 48 Prozent an und begrenzen den Beitrag auf maximal 20 Prozentpunkte für die kommenden sieben Jahre. Für die heutigen und zukünftigen Rentner bedeutet das: Die Kaufkraft der gesetzlichen Rente bleibt erhalten. Es wird weiterhin ordentliche Rentenerhöhungen geben. Für die Zeit ab 2025 wird eine Rentenkommission Empfehlungen erarbeiten, wie die Rente mit einem garantierten Mindestniveau und einem garantierten Höchstbeitrag weiter gesichert werden kann.

Wir führen eine neue Grundrente ein. Wer 35 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, Kinder groß gezogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt eine Alterssicherung mindestens zehn Prozent oberhalb der Grundsicherung

Alte Menschen müssen zukünftig keine Angst mehr haben, ihr selbstgenutztes Wohneigentum – ihr Haus oder ihre Wohnung – aufgeben zu müssen, wenn sie Grundsicherung beantragen oder die Grundrente beziehen. Das stellen wir klar. Und: Die neuen Regelungen gelten für alle jetzigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Das Ganze wird von der Rentenversicherung abgewickelt. So schaffen wir mehr Sicherheit für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und trotzdem geringe Rentenansprüche haben.

Wir geben Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft erarbeiten können, mehr soziale Sicherheit. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir bei Erwerbsminderung die stufenweise Anhebung der Zurechnungszeit bis 2024 beschlossen. Künftige Erwerbsminderungsrentner werden bei der Rente dann so gestellt, als hätten sie bis zum Alter von 65 Jahren und acht Monaten gearbeitet (statt wie bisher 62 Jahre und drei

Monate). Diese Erhöhung kommt nun schneller und in einem Schritt.

Künftig ist kein Selbständiger mehr ohne Alterssicherung. Für sie gilt in Zukunft eine Altersvorsorgepflicht mit einem Vorrang für die gesetzliche Rente. Dabei achten wir auf eine gründerfreundliche Ausgestaltung. Die Alterssicherung der Selbständigen ist eine wichtige Maßnahme, den Wandel der Arbeitswelt in Folge der Digitalisierung sozial zu gestalten.

Wir erhöhen die Mütterrente. Wir stellen Mütter besser, die drei oder mehr Kinder haben, von denen mindestens eines vor 1992 geboren ist. Diese Mütter erhalten künftig auch für vor 1992 geborene Kinder jeweils drei Rentenpunkte.

Diskussionsveranstaltungen zur Großen Koalition:

Gronau: Freitag, 23. Februar 2018 um 18 Uhr in der Gaststätte Concordia, Eper Straße 19

Ochtrup: Samstag, 24. Februar 2018 um 15 Uhr in der Gaststätte Nobbenhuis „Zur alten Mühle“, Turmstraße 24

Neuenkirchen: Sonntag, 25. Februar 2018 um 11 Uhr im Café Jedermann, Wettringer Straße 60

Emsdetten: Montag, 26. Februar um 19 Uhr in Stroetmanns Fabrik, Friedrichstraße 2